

## „Modularisierung“ - Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik ?

Michael Ehrke, IG Metall Vorstand, Frankfurt am Main

„Modularisierung“ ist zu einem Schlüsselwort der europäischen Bildungsdebatte avanciert. Ausgehend von dem „Bologna-Prozess“, in dem sich die EU-Bildungsminister verpflichtet haben, ein flächendeckendes Angebot an Bachelor- und Masterstudiengängen bis 2010 zu realisieren, läuft derzeit eine Modularisierungswelle an den Hochschulen. Der Zwang zur Modulbildung ergibt sich hier aus der Einführung des European Credit Transfer System (ECTS), das zur europaweiten Anrechnung von Studienleistungen führen und damit die Mobilität der Studierenden fördern soll. Zur Akkreditierung von Bachelor-Studiengängen gehört die Erarbeitung von „Modulhandbüchern“, in denen Studieneinheiten nach vergleichbaren Kriterien beschrieben werden. Als positiv kann dabei sicher die Verpflichtung gelten, Studienbausteine auf Kompetenzen zu beziehen, die mit diesen Studieninhalten erworben werden sollen. Diese „Lernzielorientierung“ ist für viele Hochschulcurricula neu.



Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich im Rahmen des „Brügge-Kopenhagen-Prozesses“ für die Berufliche Bildung ab. Hier ist ebenfalls die Einführung eines Kreditpunktesystems geplant, das *European Credit System for Vocational Training* (ECVET). Damit Kreditpunkte zugeordnet, vergeben und übertragen werden können, sollen sie auf einen noch zu entwickelnden Referenzrahmen bezogen werden, den *European Qualifications Framework* (EQF). Dieser Referenzrahmen soll acht Niveaustufen umfassen von der Pflichtschule ohne Abschluss bis zu Expertentätigkeiten auf Doktor-Niveau. In diesen Referenzrahmen soll sich künftig neben ECVET auch ECTS einordnen.

Für das Funktionieren von ECVET sollen die nationalen Ausbildungen in verrechenbare „units“ zerlegt werden. Dies könnte auch in der deutschen Berufsausbildung, in der die meisten Jugendlichen bislang auf Basis einer mehrjährigen Berufsausbildung in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen einen *Berufabschluss* erwerben, zu einer Modularisierungswelle führen, an deren Ende womöglich die Auflösung des Facharbeiterstandards stünde.

### Die deutsche Berufsbildungsdebatte

In der deutschen Debatte wird schon seit längerem immer wieder das sogenannte *Berufsprinzip* hinterfragt. Das Berufsleben der Zukunft, so hört man immer wieder, sei die „Patchwork-Biographie“. Dafür brauche man keine berufsbezogene Ausbildung. Besser sei es daher, immer nur die Qualifikationen zu erwerben, die man gerade für die aktuelle Tätigkeit benötigt. Mindestens aber müsse sich die Berufsausbildung vom starren Grundschema einer mindestens dreijährigen Facharbeiter- bzw. Fachkraftausbildung verabschieden und mehr auf wechselnde betriebsspezifische Bedarfe eingehen. Ausbildungsordnungen müssten flexibler werden und dürften Betriebe nicht zwingen etwas auszubilden, was sie momentan nicht leisten wollten oder könnten. In diesem Falle steht Modularisierung für das *neoliberale Modernisierungsparadigma* mit typischen Klischee-Argumenten wie zu hohe Ausbildungskosten, Überregulierung von Ausbildungsnormen, Starrheit des dualen Systems, Langsamkeit von Neuordnungsprozessen usw..

Zum anderen wird Modularisierung oft als ein besonders intelligente Lösung des *Benachteiligtenproblems* beschrieben. Seit Jahren bekommen bekanntlich Hunderttausende von Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz. Von Arbeitgeberseite wird gerne behauptet, dass dies zum Großteil auf mangelnde Bewerbereignung zurückzuführen sei und man diesen Benachteiligten mehr helfen würde, wenn man ihnen praxisbetonte Teilausbildungen mit wenig Theorieinhalten anbieten würde. Diese Teilausbildungen wären Versatzstücke

aus den bestehenden Ausbildungsberufen. Dazu könnten dann die Berufe in separat zertifizierbare Module zerlegt werden. In diesem Fall steht Modularisierung für einen vermeintlich *sozialpädagogischen* Ansatz. Durch „häppchenweise“ Ausbildung sollen Jugendliche zunächst in einfache Tätigkeiten hineinwachsen und später die Ausbildung step by step komplettieren, bis sie dann irgendwann möglicherweise doch das Facharbeiterniveau erreichen. So die Theorie! 2003 wurde vor diesem Hintergrund das Berufsbildungsgesetz (BBiG) z.B. dahingehend erweitert, dass die Betriebe für nicht ausbildungsfähige Bewerber Berufsvorbereitungsmaßnahmen durchführen können, bei denen „Qualifizierungsbausteine“ vermittelt werden, die auf eine spätere Ausbildung anrechenbar sein sollen.

### **Modularisierung als didaktische Binnendifferenzierung**

Man sieht an diesen Beispielen schon, dass Modularisierung ein schillernder Begriff ist, der ganz unterschiedliche Problemstellungen abdecken soll, die oftmals in der Diskussion unzulässig vermergt werden.

Module als ein *didaktisches Konzept*, bei dem es letztlich um geeignete Methoden der *Sequenzierung* und *Strukturierung* von *Lernen* geht (vgl. hierzu RUEB 2003), können sinnvoll sein, um z.B. Kurssysteme in Schulen oder Hochschulen zu gestalten. Durch den Einsatz von Modulen können etwa Wahlmöglichkeiten innerhalb eines Bildungsganges gefördert werden. Die Frage, nach welchen Kriterien Module curricular „geschnitten“ werden sollen, ist damit allerdings noch nicht beantwortet. Das kann recht kompliziert sein, wenn - wie dies im Moment an den Hochschulen gefordert ist - beispielsweise aus dem bestehenden System der Fächer oder Fachgebiete ausgestiegen werden soll. Vergleichbar diesem Prozess ist der Umstieg von Unterrichtsfächern auf *Lernfeldern* an den Berufsschulen, der seit einigen Jahren in allen neu geordneten Berufen läuft. Dieser Prozess ist noch voll im Gange und nicht ganz konfliktfrei. Denn Berufsschullehrer/innen sind entsprechend der klassischen Studienratsausbildung ausgesprochen fachorientiert ausgebildet (1.Fach, 2.Fach). Sie erfahren im Studium wenig über die Berufsanforderungen derer, die sie später ausbilden sollen und erwerben meist erst im Referendariat praktisches Handwerkszeug für den Ausbildungsprozess. Die Lernfeld-Curricula sind demgegenüber eher interdisziplinär aufgebaut und orientieren sich an Qualifikationsblöcken, die für den jeweiligen Beruf charakteristisch sind.

Darüber hinaus können Module in der Berufsbildung wie im Studium auch Inhalte bezeichnen, die unterschiedliche Bildungsgänge / Ausbildungsberufe miteinander verbinden und gemeinsame Inhalte für Berufsgruppen oder Berufsfelder definieren. Sie können als Wahlpflichteinheiten innerhalb eines Ausbildungsberufes individuelle Schwerpunktsetzungen oder Spezialisierungen ermöglichen. Das ist zum Beispiel bei den neuen Medienberufen der Fall.

In dieser *didaktischen* Orientierung sind Module für die Berufsausbildung schon bisher kein Problem und längst Praxis. Das gilt etwa für die berufsfeldbreite Grundbildung im ersten Ausbildungsjahr, die als ein separater Ausbildungsteil mehrerer Ausbildungsberufe einer Berufsfamilie bzw. eines Berufsfeldes verbindet. Innerhalb der Ausbildungsordnungen, die das bundesweit verbindliche Curriculum der dualen Ausbildung darstellen, bestand schon bisher die Möglichkeit, „Fachrichtungen“ oder „Schwerpunkte“ im dritten bzw. vierten Ausbildungsjahr festzulegen, unter denen Betriebe oder auch Auszubildende wählen konnten. Neuerdings verfügen fast alle neu geordneten Berufe über frei zu gestaltende Spezialisierungsmodule, um den ständigen Anschluss an den technischen Wandel zu sichern. Insoweit kann Modularisierung also Sinn machen.

### **Modularisierung als arbeitsmarktliche Fragmentierung**

Die didaktische Modularisierung trifft aber nicht den Kern der gegenwärtigen Auseinandersetzung. Diese handelt eher von der *Fragmentierung abschlussbezogener, formalisierter Ausbildungsgänge*. Diese beiden Aspekte *didaktische Binnendifferenzierung* und *Fragmentierung von Ausbildungsberufen* sind keineswegs dasselbe. In der Berufsbildung geht es vor allem um eine Aufspaltung von Bildungsgängen in Teilabschlüsse und Niveaustufen, das zeigen auch die neuen Bestrebungen zur Wiederbelebung der „Stufenausbildung“,

die CDU und SPD als heimliche „große Koalition“ in der im Frühjahr abgeschlossenen Neufassung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) durchgesetzt haben. Hier wird neu vorgeschrieben (vgl. § 5 Abs.2), dass künftig in jedem Neuordnungsverfahren „stets geprüft werden soll“, ob eine komplette Berufsausbildung in einzelne Teilabschlüsse zerlegt werden kann.

Aus der Umsetzung des Bachelor-Master-Studienkonzepts wissen wir, wo das Problem gestufter Bildungsabschlüsse liegen kann: Nach herrschendem Verständnis an den meisten Hochschulen reicht allein der Erwerb des Bachelorgrades nicht zur Zulassung zum Masterstudium aus. Die Abschlussnote muss gut sein. Darüber hinaus ist an manchen Hochschulen eine feste Quotierung geplant, wonach nur 30 Prozent der Bachelorabsolventen zum Master zugelassen werden sollen. Ähnliche Probleme fürchten die Gewerkschaften auch bei gestuften Ausbildungsabschlüssen im dualen System. Zumal hier keine staatliche Stelle beteiligt ist. Und Erfahrungen liegen ja schon aus den siebziger Jahren vor. Damals hatte die Stufenausbildung ihre eigentliche Hochzeit, sie war ein Reflex auf die „Polarisierungsthese“, wonach im Zuge der Automation die Mehrheit der Arbeitenden dequalifiziert würde und nur eine kleine „Arbeiteraristokratie“ berufliche Entwicklungschancen habe. Diese Annahme hat sich als falsch herausgestellt. Gleichwohl hat die Praxis der Stufenausbildung damals zu einer Dequalifizierung geführt, die für die Gewerkschaften ernüchternd wirkte. Seit den 80er Jahren wurden solche Konzepte daher weitgehend zurückgedrängt. Diese Politik wurde durch gleichzeitig einsetzende Diskussion über die Grenzen des Taylorismus (vgl. Kern/Schumann: Ende der Arbeitsteilung von 1985 und ihre These von der „Reprofessionalisierung“ der Industriearbeit) unterstützt.

Die Forderung nach Modularisierung ist unter diesem Aspekt auch eine roll-back-Strategie nach dem Motto „Rückkehr zum Taylorismus“ (vgl. hierzu das gleichnamige Buch von Springer im Campus Verlag 1999) und insoweit eine Kampfansage an das Konzept breit angelegter Ausbildungsberufe, letztlich an Beruflichkeit als Sozialisations- und Beschäftigungsmodell.

Aber selbst wenn man die Industriesoziologie beiseite lässt, wird man in der Modularisierung keinen praktischen Nutzen erkennen können. Was sollte gewonnen sein, wenn man die gegenwärtig rund 350 Ausbildungsberufe in vielleicht gar 3.500 Module mit entsprechend vielen Teilabschlüssen aufspaltet? Diese Idee ist nicht ganz abwegig, weil es tatsächlich in NRW bereits ein Projekt im Handwerk gegeben hat, bei dem versuchsweise aus einer Berufsausbildung zehn Teilausbildungen gemacht wurden. Aber dadurch wird in Wahrheit alles nur komplizierter.

Erstens werden am Ende weniger Jugendliche einen Facharbeiterabschluss erreichen, was bezogen auf den gesamten Arbeitsmarkt mittelfristig einem allgemeinen Absinken des Qualifikationsniveaus gleichkäme. Mag sein, dass die Arbeitgeber sich davon kurzfristige Lohnkosteneinsparungen versprechen, da sie minderqualifizierte natürlich auch niedriger einstufen können. In diesem Sinne ist die Berufsausbildung ja ein zentraler Eckwert aller Tarifverträge: Gleichwohl stehen solche Konzepte im völligen Gegensatz zu den großen Trends, die auch empirisch gut belegt sind. Und die besagen, dass die Arbeitsplätze für Niedrigqualifizierte kontinuierlich abnehmen. Langfristig also eine Sackgassenpolitik.

Zweitens werden sich die Ausbildungszeiten unnötig verlängern. Die Übergänge zwischen den Modulen werden vielfach nur schwierig und mit Verzögerung zu realisieren sein. Aus dreieinhalb Jahren Ausbildung könnten dann ganz leicht sechs Jahre werden. Der „ewige Student, über den oft und gern gelacht wird, würde dann durch den „ewigen Auszubildenden“ ergänzt. Aus dem britischen Modulsystem wissen wir, dass man inzwischen Dutzende von Zertifikaten erwerben muss, um auf dem Niveau eines Meisters in unserem System angekommen zu sein. Dies ist letztlich derart unpraktisch, dass sich zwei Drittel der beruflichen Zertifikate in UK *nicht* an dem dortigen NVQ-System nicht beteiligen (vgl. *die Evaluationsstudie von Ertl in Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik (ZBW) Heft 3/2003*).

Dass die IG Metall wie alle Gewerkschaften wegen dieser Unsicherheiten die Modularisierung der Erstausbildung grundsätzlich ablehnen, sollte nachvollziehbar sein. Zum Glück gilt noch eine ausschließende Ver-

einbarung mit der Arbeitgeberseite aus 1998. Wie lange sie im Zeichen von ECVET noch hält, wissen wir nicht. Immerhin waren sich die Sozialparteien bisher einig, dass Modularisierung im Kern ein nicht wünschenswertes Gegenmodell zum Berufssystem ist. Solche Einschätzungen finden sich erfreulicherweise auch in der Wissenschaft. *Deissinger* etwa sieht darüber hinaus auch didaktische Nachteile (DEISSINGER 1996 S.190). Gegenwärtig bemühen sich die deutschen Vertreter im ECVET-Projekt eine Linie in der EU durchzusetzen, die da lautet: Module dürfen nicht weniger sein als Berufe. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Unklar ist aber bisher auch, ob ein Kreditpunktesystem in der Berufsbildung generell in der EU und speziell in der Bundesrepublik zum Einsatz kommt. Dafür sind noch sehr viele Fragen zu klären. Skepsis gegenüber diesem Ansatz ist auch im Arbeitgeberlager vorhanden.

### **Modularisierung als neoliberale Bildungsökonomie**

Zusammenfassend beurteilen wir Modularisierung in der Berufsausbildung derzeit nicht als einen Weg zu mehr Dynamik und Zukunftsorientierung, die uns als einem exportorientierten Hochqualifikationsland bitter nottäte, sondern wir sehen darin eher einen Rückschritt zu mehr Fragmentierung und mehr Segmentierung sowie zur Entstehung eines zweiten unterwertigen Ausbildungsmarktes.

Ob Modularisierung etwas mit Individualisierung oder überhaupt mit Bildungstheorie zu tun hat, sollte man hinterfragen. Viel wahrscheinlicher ist, dass es sich um ein rein *bildungsökonomisches* Konzept handelt. Es gibt jedenfalls keine verwertbaren Belege dafür, dass jemand in einem modularisierten System *besser* lernt, *schneller* lernt, *mehr* lernt, *weiter* kommt als in einem System ganzheitlich organisierter Ausbildungsberufe. Das scheint mir auch nicht das wahre Ziel der Veranstaltung zu sein. Es könnte eher darum gehen, Ausbildungsmöglichkeiten einzuschränken, ohne das der Sozialstaat vollends sein Gesicht verliert. Modularisierung wäre dann ein Instrument der Zwei-Drittel-Gesellschaft.

Aus *neoliberaler* Sicht gibt es eigentlich keinen überzeugenden Grund, warum man alle Jugendlichen so ausbilden soll, dass sie in einer anspruchsvollen Arbeitswelt mithalten können, wenn doch gleichzeitig gar nicht genug Arbeit angeboten wird. Wer die These vertritt, der Gesellschaft gehe die Arbeit aus, der muss ein Problem haben mit der Forderung „Qualifizierte Ausbildung für alle Jugendlichen“. Und diese Forderung ist immer noch sehr anerkannt in dieser Republik.

Aus Arbeitnehmersicht sieht dieser Sachverhalt etwas anders aus. Bildungsverzicht ist unter keinen Umständen akzeptabel und schadet gerade den Bildungsbenachteiligten. Ökonomisch gesprochen ist Bildung das *Kapital der Arbeitnehmer*, das es zu mehren gilt. Der Zusammenhang zwischen Bildungsungleichheit, Persönlichkeitsentwicklung und sozioökonomischen Lebenschancen ist von der Sozialforschung vielfach dargestellt worden. Bildungsbenachteiligung erhöht erwiesenermaßen sogar das Mortalitätsrisiko. Lebensqualität und Lebenserwartung werden nicht zuletzt durch die Verwertung von Bildungsressourcen auf dem Arbeitsmarkt vermittelt (BECKER 1998 S. 136).

Deshalb müssen die Probleme da gelöst werden, wo sie entstehen, nämlich im Beschäftigungssystem. Nicht Destabilisierung des Ausbildungssystems ist die Lösung, um die „zweite Schwelle“ ggf. noch höher zu setzen, sondern bestmögliche Ausbildung für jedermann. Modularisierung überzeugt unter diesem Aspekt bisher nicht.

## Literaturverzeichnis

Becker, Rolf: Bildung und Lebenserwartung in Deutschland. In: Zeitschrift für Soziologie, Heft 2 (1998) S. 133 - 150

Böhm, Walter: Wörterbuch der Pädagogik. Stuttgart 1994 (14.Auflage)

Deissinger, Thomas: Modularisierung der Berufsausbildung. In: Beck, K., Müller, W., Deissinger, Th., Zimmermann, M. (Hrg.) : Berufserziehung im Umbruch. Weinheim 1996, S. 189 - 207

Ehrke, Michael: IT-Ausbildungsberufe: Paradigmenwechsel im dualen System. In : Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP), Heft 1 (1997) S. 3-8

Ehrke, Michael, Heimann, Klaus: Konfusion in Brandenburg In : Gewerkschaftliche Bildungspolitik Heft 7/8 (1998)

Ertl, Hubert: Standardisierung und Zertifizierung beruflicher Qualifikationen im Rahmen des Systems der „National Vocational Qualifications“. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Heft 3 (2003) S. 368 - 389

IG Metall Vorstand, Abteilung Berufsbildung: Facharbeiter werden - Facharbeiter bleiben. Frankfurt am Main 1992

Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung (KWB): Module in der beruflichen Bildung. Standpunkt der Wirtschaft.

Rauner, Felix : Moderne Beruflichkeit. In: Dieter Euler (Hrg): Berufliches Lernen im Wandel - Konsequenzen für die Lernorte ? Dokumentation des 3. Forums Berufsbildungsforschung 1997 an der Friedrich Alexander Universität Erlangen - Nürnberg. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Band 214. Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg 1998

Rueb, Herbert: Modularisierung in der beruflichen Bildung. Quelle: [www.rueb.de](http://www.rueb.de) 2003